Nr. 3 | 2. September 2022

AZB / 3011 Bern / Post CH AG

FDP
Die Liberalen

44. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Kanton Bern

BERNER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Tag der FDP 2022
Genau ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen 2023 trifft sich die FDP am 22. Oktober in Burgdorf. Seite 3

PLR Jura bernois
Centrale solaire de Mont-Soleil.
Une visite américaine de marque Page 4

Mutterschaftsentschädigung
Unterbricht eine Nationalrätin den Mutterschaftsurlaub, um an den Ratsgeschäften teilzunehmen, verliert sie laut Bundesgericht den gesamten künftigen Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung. Seite 5

Delegiertenversammlung
An der Delegiertenversammlung der bernischen FDP am 24. August 2022 in Schwarzenburg freuten sich die zahlreich erschienenen Delegierten über das Zustandekommen der Individualbesteuerungs-Initiative. Seite 6

Jungfreisinnige
Die Jungparteien Juso, Junge Grüne, Junge Grünliberale, Junge EVP, Junge Mitte, der Jungfreisinn übernehmen beim Stimmrechtsalter 16 Verantwortung und schliessen sich für den Abstimmungskampf zusammen. Seite 7

Forderungspapier Migrationspolitik
Die FDP bekräftigt in ihrem neuen Forderungspapier eine harte, aber faire Migrationspolitik, die der langjährigen Tradition der Schweiz gerecht wird. Es braucht eine unbürokratische Personenfreizügigkeit mit der EU, aber auch einen konsequenten Umgang mit Migration aus Drittstaaten. Seite 11

Als Startschuss für die eidgenössischen Wahlen 2023 laden wir Sie herzlich zum Tag der FDP ein. Gesellen Sie sich zu uns und feiern wir gemeinsam als Team den Anfang des anstehenden Wahlkampfes. Aufgrund einer Beschränkung der Teilnehmeranzahl bitten wir Sie um Anmeldung.

Anmeldung und mehr Informationen:
www.tag-der-fdp.ch

Impressum: **Herausgeberin/Redaktion/Inserate:** FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern, T: 031 320 35 35, F: 031 320 35 00, E: info@fdp.ch, www.fdp.ch. **Kantonalteil:** Redaktion Berner Freisinn, Neuengasse 20, 3011 Bern, T: 031 320 36 36, F: 031 320 36 30, E: info@fdp-be.ch, www.fdp-be.ch. **Layout:** CH Regionalmedien AG, www.chregionalmedien.ch. **Druck:** CH Media Print AG, www.chmediaprint.ch

Inhalt

3–7 Berner Freisinn

8 Interview mit Lukas Müller-Brunner vom Arbeitgeberverband

9 Regine Sauter setzt sich für die AHV 21 ein

10 FDP-Forderungen zur Sicherheitspolitik

11 FDP-Forderungen zur Migrationspolitik

12 Vorstoss: Untergrund als Wärmespeicher nutzen

13 Philippe Nantermod im Interview zu den Gesundheitskosten

15 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview

16 Vorschau auf die Herbstsession

17 Damian Meier will in den Schwyzer Regierungsrat

18 FDP Zug ist bereit für die kantonalen Wahlen

19 Ja zur Reform der Verrechnungssteuer

20 Nein zur Massentierhaltungsinitiative

22 FDP Urban erarbeitet Resolution zur Wohnungspolitik

23 Vermischtes

Gemeinsam die AHV sichern

Wegweisende Abstimmung für die Schweiz

Liebe Freisinnige

Die Schweiz sieht sich zurzeit mit bedeutenden Herausforderungen konfrontiert, die vorausschauende Antworten und mehrheitsfähige, zum Teil rasche Lösungen erfordern. Unser Wohlstand ist alles andere als selbstverständlich und nicht zuletzt jenen zu verdanken, die unser Land auf einem starken liberalen Fundament erbauten. Die bürgerliche Politik ist die Garantin für Lösungen, welche unsere Wirtschaft sowohl bei innerschweizerischen Reformen wie auch im internationalen Wettbewerb erfolgreich erhalten. Nur der Schulterschluss der bürgerlichen Parteien macht diese Reformfähigkeit möglich. Die bevorstehenden Abstimmungen führen vor Augen, wie wichtig diese Zusammenarbeit ist. Denn bei allen drei Vorlagen ruft links-grün nach mehr Umverteilung, mehr Nivellierung und mehr Staat.

Gemeinsam anpacken und die Zukunft der AHV sichern

Seit 1948 haben alle Menschen in diesem Land Anspruch auf eine Altersrente. Aber die AHV, unser wichtigstes Sozialwerk, ist aus der Balance. Ohne Massnahmen wird die AHV bereits im Jahr 2025 mehr Geld ausgeben als einnehmen. Die AHV-Reform beinhaltet die Anpassung des Frauenrentenalters an dasjenige der Männer – was bereits zum Zeitpunkt der Einführung der AHV mit 65/65 der Fall war. Diese Gleichstellung wird mit zahlreichen Massnahmen abgefedert. Die AHV 21 bringt aber auch Modernisierungen wie die Flexibilisierung des Rentenalters. Mit einer minimalen Erhöhung der Mehrwertsteuer leisten zudem alle Generationen einen Beitrag zur Sicherung der Altersvorsorge. Die Reform tritt nur dann in Kraft, wenn beide Teile angenommen werden.

Wirtschaftsstandort Schweiz stärken

Unternehmen, der Bund, die Kantone oder die Gemeinden können durch die Ausgabe von Anleihen eine direkte Finanzierung von Investoren erhalten. Die Anleihezinsen unterliegen derzeit einer hohen Verrechnungssteuer von 35 Prozent. Somit erhält der Investor nur 65 Prozent der Zinserträge, die restlichen 35 Prozent müssen bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung zurückgefordert werden. Dieser finanzielle und bürokratische Mehraufwand macht Investitionen in Schweizer Unternehmen vor allem für ausländische Investoren unattraktiv, da sie nicht 100 Prozent ihrer Erträge erhalten. Dies führt zu Ausweichmanövern und verpassten Chancen für den Wirtschaftsstandort Schweiz. Die Verrechnungssteuerreform korrigiert dies und ermöglicht die Rückführung von Finanzierungsaktivitäten in die Schweiz.

Nein zur unnötigen Tierhaltungsinitiative

Mit der Initiative soll die Massentierhaltung als tierunwürdig definiert werden. Die Vorschriften für Unterbringung, Pflege usw. sollen massiv eingeschränkt, die Einfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen mit enormen administrativen Aufwänden beladen werden. Die Schweizer Gesetzgebung zum Schutz und zur Würde von Tieren ist bereits eine der strengsten der Welt. Unser Land bekennt sich somit bereits zu hohen Standards des Tierschutzes. Die Initiative ist unverhältnismässig und hätte weit reichende Folgen für die Schweizer Landwirtschaft.

Ihr Thierry Burkart
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Stephan Lack

Tag der FDP

Kommt alle nach Burgdorf!

Das freisinnig-liberale Gedankengut ist durch die jetzige Weltlage aktueller denn je. Sicherheit und Versorgungssicherheit beschäftigen gleichermassen die Politik, die Bevölkerung, Wirtschaft und Tourismus.
Am 25. September stimmen wir über die Stabilisierung der AHV ab.
Ich empfehle Ihnen, 2× ein Ja einzuwerfen. Denn die Reform bringt der AHV dringend nötige Zusatzeinnahmen und sorgt dafür, dass in der Schweiz auch in Zukunft alle von einer sicheren Altersvorsorge profitieren können.

Genau ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen 2023 trifft sich die FDP am 22. Oktober in Burgdorf. Ich lade Sie herzlich, aber auch mit Nachdruck ein, nach Burgdorf zu kommen. Durch einen angeregten Austausch und vor allem durch die Demonstration von Einigkeit und einer gemeinsamen Zielsetzung helfen wir alle mit, dass bei den Wahlen im Herbst 2023 unsere Kandidatinnen und Kandidaten erfolgreich abschneiden. Diese werden Ende Oktober nominiert.

An «Tag der FDP» lanciert die FDP Schweiz aber nicht nur den Wahlkampf, sondern will vielmehr freisinnige und liberale Menschen mit ihren Familien, Freunden und Mitstreitern an einem Ort zusammenbringen. Nebst spannenden Referentinnen und Referenten gibt es auch einen Festakt, Food, Drinks und vor allem gemütliches Zusammensein. Ehrensache, dass wir als FDP Kanton Bern anstreben, dass möglichst alle Mitglieder anwesend sind.

Ich freue mich, Sie persönlich in Burgdorf begrüssen zu dürfen.

Stephan Lack
Präsident FDP Kanton Bern

Merci

Herzlichen Dank an alle, die mitgeholfen haben, dass die Volksinitiative zur Einführung der Individualbesteuerung zustande kam.

Volksinitiative zur Einführung der Individualbesteuerung
www.individualbesteuerung.ch

Parolen

Centrale solaire de Mont-Soleil

Une visite américaine de marque

Denis Gerber, maire

«It is a great honour for me as the mayor of Saint-Imier to welcome you here in Mont-Soleil. In front of us lies the Chasseral, the highest peak in the region. And in the background, we can see the valley of Saint-Imier.»

C'est en ces termes chaleureux que le maire PLR de St-Imier, M. Denis Gerber, a accueilli ses hôtes américains et tout particulièrement le nouvel ambassadeur M. Scott Miller.

La centrale solaire est entrée en service en 1992

Mis en service en 1992, le centre photovoltaïque de Mont-Soleil est la plus grande installation de recherche et de démonstration en Suisse. La surface occupée par les panneaux est de 4575 m² et la superficie du site de 20 000 m², soit l'équivalent de trois terrains de football. Les cellules solaires au silicium transforment directement la lumière du soleil en électricité. Dans des conditions optimales d'ensoleillement, la centrale solaire produit du courant pour plus de 130 ménages.

Quant au terrain, il conserve, une utilité agricole. En effet, il accueille un troupeau de moutons qui permet d'économiser des travaux d'entretien coûteux.

C'est une marque importante de reconnaissance de ce qui se fait ici ...

Le maire de St-Imier ne cachait pas sa fierté. En effet, la visite de l'ambassadeur des États-Unis à Mont-Soleil est une opportunité pour la Centrale solaire comme le déclarait lors de la visite Martin Pfisterer, président d'honneur de la Société Mont-Soleil: «Notre station de recherche et de développement pour l'énergie solaire et éolienne existe depuis 30 ans, et nous souhaitons préparer la prochaine étape et améliorer la qualité de nos cellules solaires. Pour cela, nous pensons qu'il est bénéfique d'avoir des contacts avec le monde entier.» La visite américaine pourrait ainsi permettre de créer des liens et faire des échanges avec les États-Unis.

Mont-Soleil est aussi la plus grande centrale éolienne de Suisse

Avec ses 16 turbines, la centrale éolienne de Mont-Soleil est la plus grande installation de ce type en Suisse. Par vent moyen, les éoliennes produisent environ 70 millions de kWh par an ce qui correspond aux besoins de 15 000 foyers.

Un observatoire astronomique

Inauguré en 2002, l'Observatoire astronomique de Mont-Soleil est équipé d'un télescope et d'instruments pour l'observation du soleil. Il dispose également d'un planétarium de 4,5 m de diamètre permettant aux visiteurs de découvrir le ciel et ses mystères.

Le Jura bernois pionnier en énergies renouvelables

L'installation de la centrale solaire en 1992 n'a pas posé de problèmes particuliers et aucune opposition formelle n'a été faite. Il en est de même pour la construction des éoliennes. Ainsi, le Jura bernois est le plus grand centre suisse de recherche et de démonstration pour le photovoltaïque et le plus grand parc éolien de Suisse. Ce sont plus de 100 000 visiteurs qui sont accueillis chaque année à Mont-Soleil. La plupart des visiteurs accèdent à Mont-Soleil avec le «funisolaire» qui les transportera de St-Imier à Mont-Soleil en 4 minutes avec de l'énergie 100% renouvelable.

Le PLR du Jura bernois, dès l'implantation de la centrale solaire en 1992 a soutenu et appuyé le développement durable et réfléchi de Mont-Soleil. La visite de l'ambassadeur Scott Miller lui aura ainsi permis de découvrir la région, l'une des pionnières en énergies renouvelables de notre pays dont le Jura bernois peut être fier.

John Buchs
ancien maire de St-Imier

Verlust der Mutterschafts-entschädigung ...

... bei Ausübung eines Parlamentsmandats

Unterbricht eine Nationalrätin den Mutterschaftsurlaub, um an den Ratsgeschäften teilzunehmen, verliert sie laut Bundesgericht den gesamten künftigen Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung. Dieser Entscheid gibt Anlass zu Kritik und zum Aufzeigen von Lösungen, die (besser) mit Verfassung und internationalen Normen vereinbar sind – sowohl für Parlamentarierinnen als auch für erwerbstätige Mütter.

Nationalrätin Kathrin Bertschy bezog seit der Geburt ihres Kindes im Dezember 2018 Mutterschaftsentschädigung. Da sie aber in der März-Session an einzelnen Kommissionssitzungen und Abstimmungen im Nationalrat teilgenommen hatte, strich ihr die Ausgleichskasse die gesamte Mutterschaftsentschädigung ab März 2019, auch für die selbständige Tätigkeit, der sie neben dem politischen Amt vor der Geburt nachgegangen war, die sie aber während des Mutterschaftsurlaubes nicht ausgeübt hatte.

Gemäss dem Erwerbsersatzgesetz EOG endet der Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung (MSE) vorzeitig, «wenn die Mutter ihre Erwerbstätigkeit wiederaufnimmt». Laut Bundesgericht führt auch die kurzzeitige Ausübung eines Parlamentsmandates zum Verlust der MSE. Diese Tätigkeit sei nicht anders zu beurteilen als jede andere Erwerbstätigkeit. Die Tätigkeit einer Parlamentarierin dient jedoch der Verwirklichung der demokratischen Strukturen, nicht der Existenzsicherung.

War eine Mutter vor der Niederkunft sowohl selbstständig als auch unselbstständig oder in mehreren Arbeitsverhältnissen erwerbstätig, bemisst sich das Taggeld aufgrund der Einkommen aus sämtlichen Tätigkeiten. Weder im Gesetz noch in der Verordnung wird hingegen bestimmt, was gilt, wenn eine Mutter nur die eine von mehreren Tätigkeiten wieder aufnimmt. Diese Frage müsste nun gesetzlich geklärt werden, so dass bei teilweiser Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nur eine anteilsmässige Reduktion des Taggeldes erfolgt.

«Leider hat es das Bundesgericht verpasst, der besonderen Situation einer Parlamentarierin Rechnung zu tragen.»

Es ist gesetzlich auch nicht geregelt, was gilt, wenn eine Mutter nach Ablauf des Arbeitsverbotes von 6 Wochen nach der Niederkunft ihre Erwerbstätigkeit nur befristet oder tageweise wieder aufnimmt (z. B. für eine Sitzung). Damit der Erwerbsausfall infolge Mutterschaft effektiv gedeckt wird, müsste das Taggeld nach einem Kurzeinsatz wieder aufleben. Dies müsste umso mehr gelten, seit die Vaterschaftsentschädigung so ausgestaltet worden ist, dass Taggeldbezug und Erwerbsarbeit flexibel kombiniert werden können, ohne dass ein Anspruchsverlust resultieren kann. Das Bundesgericht sah jedoch keine Diskriminierung von Müttern; es handle sich um nicht vergleichbare Situationen. Damit ging das Gericht weder auf das Gleichstellungsgebot der Bundesverfassung ein noch bemühte es sich um eine völkerrechtskonforme Auslegung.

Bei der Wiederaufnahme einer politischen Tätigkeit erscheint der definitive Verlust der MSE ohnehin unverhältnismässig. Es ist für gewählte Parlamentsmitglieder nicht zumutbar, wegen Ausübung des Wähleraufrages den gesamten Restanspruch der MSE zu verlieren.

Leider hat es das Bundesgericht verpasst, der besonderen Situation einer Parlamentarierin Rechnung zu tragen. Es wäre aber ohnehin an der Zeit, das EOG anzupassen, und zwar für alle Mütter: nehmen sie nur eine von mehreren Tätigkeiten während des Mutterschaftsurlaubs wieder auf, sollte das Taggeld nur im Umfang der wiederaufgenommenen Erwerbstätigkeit gestrichen werden. Nach einem befristeten Arbeitseinsatz sollte der Anspruch wieder aufleben.

RA Dr. iur. Sabine Steiger-Sackmann
Dozentin für Arbeits- und Sozialversicherungsrecht, Zentrum für Sozialrecht ZHAW, Winterthur (stsa@zhaw.ch)

Tobias Frehner (Präsident Jungfreisinne Kanton Bern) und Hans Schär (Grossrat) diskutierten lebhaft über die Einführung des Stimmrechtalters 16 im Kanton Bern. Franziska Hügli (Vize-Parteipräsidentin FDP Kanton Bern) leitete die Streitgespräche.

Delegiertenversammlung in Schwarzenburg

Impressionen

An der Delegiertenversammlung der bernischen FDP am 24. August 2022 in Schwarzenburg freuten sich die zahlreich erschienenen Delegierten über das Zustandekommen der Individualbesteuerungs-Initiative. Anschliessend wurden angeregte Diskussionen zu den bevorstehenden Abstimmungsvorlagen geführt.

Winston P. Beck (Präsident Jungfreisinnige Burgdorf-Emmental) erläuterte den Zusammenhang der AHV 21 mit der Renteninitiative.

Stephan Lack (Parteipräsident FDP Kanton Bern und Grossrat) führte durch die Delegiertenversammlung und verfolgte gespannt die vorgetragenen Voten.

Daniel Arn (Grossrat FDP) präsentierte die Argumente zur Änderung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer.

Monique von Graffenried-Albrecht (Delegierte FDP Obstberg/Untere Altstadt) setzte sich für ein doppeltes Ja bei der AHV-Revision ein.

Claudine Essaiva (Grossrätin FDP) und Adrian Wüthrich (Präsident Travail.Suisse) debattierten die beiden Vorlagen zur AHV-Revision.

Schulterschluss der Jungparteien ...

... für das Stimmrechtsalter 16

Die Jungparteien Juso, Junge Grüne, Junge Grünliberale, Junge EVP, Junge Mitte, der Jungfreisinn übernehmen beim Stimmrechtsalter 16 Verantwortung und schliessen sich für den Abstimmungskampf zusammen. Gemeinsam wollen sie für mehr Generationengerechtigkeit sorgen und der Demokratie im Kanton Bern ein längst fälliges Update verpassen. Den Jungparteien ist es ein Anliegen, die Jugendlichen von links bis rechts auch gerecht zu vertreten und ihnen eine längst überfällige Stimme in der Politik zu geben.

Heute erreichen junge Menschen mit 18 Jahren die Volljährigkeit und erhalten damit ihr Ticket zur politischen Partizipation in der Schweiz. Damit könnte bald Schluss sein. Am 25. September entscheidet sich das Stimmrechtsalter an den Berner Urnen. Das ist eine grosse Chance für unsere Demokratie. Denn in der Schweiz stehen junge Menschen bereits vor ihrem 18. Lebensjahr vor wichtigen und richtungsweisenden Entscheidungen wie beispielsweise der Berufswahl. Die Herabsetzung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre ist der richtige Schritt in Richtung einer breit abgestützten Demokratie. Auch in der Bundesverfassung wird diesem Umstand Rechnung getragen. So ist im Artikel 41 verankert, dass Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung zu selbstständigen und sozial verantwortlichen Personen gefördert und in ihrer politischen Integration unterstützt werden sollen.

Leider zählt die Stimme genau dieser Kinder und Jugendlichen heute erst ab 18 Jahren. Das ist absurd, das Ungleichgewicht zwischen der Stimmbeteiligung von Jung und Alt wird immer grösser. Bereits heute ist die Stimmbeteiligung bei den unter 30-Jährigen nicht einmal mehr halb so hoch wie bei den über 70-Jährigen. Berechnungen von Avenir Suisse (siehe QR-Code) zeigen, dass 2035 die Hälfte der Stimmenden über 60 Jahre alt sein werden. Diese Entwicklung ist durchaus problematisch, denn wenn sie so weitergeht, bricht der politische Nachwuchs in naher Zukunft insbesondere bei uns Freisinnigen komplett weg. Allerdings kann die Motivation für politische Partizipation mit dem Stimmrechtsalter 16 massiv gesteigert werden. Denn wer sich früher mit politischen Fragen beschäftigt, übernimmt gesellschaftliche Verantwortung. Dadurch wird das Interesse an der Politik gefördert, womit die Teilnahme automatisch ansteigt.

Politische Kompetenz als Voraussetzung

Mit neuen Rechten muss die Grundbildung der Jugendlichen natürlich gezielt gestärkt werden. Das Stimmrechtsalter 16 stärkt die politische Partizipation der jungen Menschen nicht automatisch. Es braucht eine Ausweitung von Bildungsangeboten, die demokratische Werte und politisches Fachwissen fördern. Weiter muss die Politik von den Lehrkräften künftig spannender und verständlicher vermittelt werden. Dazu braucht es auch an der pädagogischen Hochschule eine Bildungsoffensive im Bereich der Demokratie. Positive Beispiele für das Stimmrechtsalter 16 gibt es bereits heute. Eine Untersuchung in Österreich (siehe QR-Code) etwa zeigt, dass die Qualität der Entscheidfindungen bei 16- und 17-Jährigen gleich gut ist wie bei älteren.

Keine linke Vorlage

Die breite Unterstützung für das Stimmrechtsalter 16 im Kanton Bern zeigt, dass es sich dabei nicht um eine linke Vorlage handelt. Tobias Frehner, Präsident Jungfreisinnige Kanton Bern, sagt dazu: «Ich habe keine Angst vor jungen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an der Urne. Unsere Mitglieder werden tendenziell immer jünger und die Resultate der letzten Wahlen in Deutschland decken sich mit meinen Beobachtungen.» Es gibt im Kanton Bern viele junge Menschen, die sich sehr wohl auch bürgerlich orientieren. Die Jungparteien sind sich einig, gerade in der aktuellen Zeit ist es enorm wichtig, dass in der Bevölkerung ein offener Dialog über ein neues Stimmrechtsalter geführt wird. Der Kanton Bern steht vor grossen Herausforderungen, die in erster Linie von der nächsten Generation gelöst werden müssen.

So verschieden die Lösungsansätze für die Themen der Zukunft der Jungparteien auch sein mögen, es eint sie der Wunsch nach einer Weiterentwicklung der Demokratie und der verstärkten Präsenz von jungen Stimmen in der etablierten Politik.

Herzliche Grüsse,

Tobias Frehner
Präsident Jungfreisinnige Kanton Bern
tobias.frehner@jfbe.ch / 079 154 00 50

Hier gelangen Sie zum Avenir-Suisse-Artikel.

Hier gelangen Sie zur Studie aus Österreich.

«Die Reform erreicht, was es braucht»

Arbeitgeberverband stellt sich hinter die AHV 21

Als Ressortleiter Sozialpolitik und Sozialversicherungen beim Schweizerischen Arbeitgeberverband ist Lukas Müller-Brunner ausgewiesener Experte für die Altersvorsorge. Im Interview spricht er über die Notwendigkeit der AHV-21-Reform und darüber, weshalb die Frauen davon profitieren.

Herr Müller-Brunner, wie geht es der AHV heute? Nicht wirklich gut, bei einem menschlichen Patienten würde man wohl von einem kritischen Zustand sprechen. Ein guter Indikator, um die finanzielle Gesundheit der AHV zu messen, ist das sogenannte Umlageergebnis. Damit wird gemessen, welcher Teil der laufenden Rentenausgaben durch jährliche Einnahmen gedeckt ist. Von 2014 bis 2020 war dieses Ergebnis negativ, mit zunehmender Tendenz. Seither kann sich die AHV finanziell über Wasser halten – dies aber nur, weil seit Anfang 2020 jährlich 2 Milliarden Franken zusätzlich in das Sozialwerk gepumpt werden (STAF-Vorlage). Eine Bluttransfusion, ohne die eigentliche Blutung zu beheben, quasi.

Am 25. September stimmen wir über die Reform AHV 21 ab. Wie beurteilen Sie die Vorlage aus Sicht des Arbeitgeberverbandes? Es ist ein guter Kompromiss. Die Arbeitgeber haben sich stets dafür ausgesprochen, dass die AHV von einer reinen Finanzspritze wegkommt. Das heisst, es braucht strukturelle und finanzielle Massnahmen. Mit der Flexibilisierung des Rentenalters, der Angleichung des Referenzalters für Frauen und den Zusatzeinnahmen durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist das gelungen. Entsprechend stehen wir hinter der Vorlage und unterstützen sie, wie übrigens auch die anderen beiden Dachverbände Economiesuisse und Gewerbeverband.

Die letzte grosse AHV-Reform gelang vor 25 Jahren. Was braucht es, dass die AHV 21 erfolgreich ist? Am wichtigsten scheint mir das Bewusstsein der Bevölkerung für die Notwendigkeit dieser Vorlage. In den letzten 25 Jahren ist man ohne Reform durchgekommen, was von den Gegnern ja auch immer gerne ins Feld geführt wird. Nur müssen wir uns vor Augen halten: Wir haben wirtschaftlich eine unglaublich gute Zeit erlebt, mit schönen Wachstumsraten und einer hohen Zuwanderung. All das hat die AHV zusammen mit der Zusatz-finanzierung über Wasser gehalten. Sobald diese Entwicklung aber nachlässt – und die Zeichen stehen im Moment nicht sonderlich positiv –, brechen die Zahlen der AHV ein wie ein Kartenhaus. Wir müssen der Bevölkerung also klarmachen: Ein Nein heisst, dass wir ohne Lösung dastehen.

Kann die AHV 21 die erste Säule stabilisieren? Kurzfristig ja. Durch die Kombination aus strukturellen und finanziellen Massnahmen verstärken sich die einzelnen Elemente gegenseitig, was für die AHV-Finanzen stabilisierend wirkt. Darüber hinaus sind wir uns aber einig: Die erste Säule hat durch die steigende Lebenserwartung und die demografische Entwicklung ein langfristiges Problem, das sich entsprechend auch nur langfristig beheben lässt. Die aktuelle Reformvorlage ist daher ein erster wichtiger Zwischenschritt, den es dringend braucht. Im Anschluss müssen wir aber einen Reformrhythmus etablieren, um auf Veränderungen von aussen reagieren zu können. Entsprechend hat das Parlament den Bundesrat beauftragt, bis Ende 2026 erneut eine Vorlage aufzugleisen.

Reformgegner rücken eine scheinbare Benachteiligung der Frauen ins Zentrum. Ist das gerechtfertigt? Auf keinen Fall! Die Linken sind in ihren ideologischen Mustern derart verfangen, dass sie die Realität aus den Augen verloren haben: Die Reform hilft genau denjenigen Frauen am meisten, für die sich die Gegner sonst gerne starkmachen. Zwei Beispiele: Wenn jemand Beitragslücken hat, zum Beispiel wegen eines Erwerbsunterbuchs, ist das im heutigen System unwiederbringlich verloren. Mit der AHV-Reform hingegen kann man verlorene Beitragsjahre nachholen und so eine lebenslange Rentenkürzung vermeiden. Zweites Beispiel: Innerhalb der neun Jahrgänge der Übergangsgeneration hat jede Frau die Wahl: Sie kann entweder länger arbeiten und erhält einen lebenslangen Rentenzuschlag von bis zu 1920 Franken pro Jahr, oder sie kann sich mit massiv tieferen Kürzungssätzen als bisher weiterhin im Alter 64 pensionieren lassen. Damit haben wir eine Reform, die erreicht, was es braucht: zielgerichtete Zusatzmassnahmen für die tatsächlich Betroffenen statt Rentenerhöhungen für alle nach dem Giesskannenprinzip.

Als Verbandsexperte haben Sie eine Aussensicht auf die Politik. Ist der Handlungsbedarf bei den Sozialversicherungen genügend erkannt? Ich denke nicht, dass es am Erkennen des Handlungsbedarfs mangelt, sondern an den daraus abgeleiteten Konsequenzen. Eigentlich sind sich alle einig, dass es Lösungen braucht. Sobald man aber konkret wird, geht der Streit los. Vielleicht ist das ein Grunddilemma: Wenn wir den Generationen nach uns kein Desaster hinterlassen wollen, müssen wir heute Massnahmen ergreifen, die stellenweise schmerzen, und eben nicht nur darüber diskutieren. Für die Altersvorsorge bietet die AHV-Reform eine gute Chance.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft der Schweizer Altersvorsorge? Im Kern haben wir bei der Altersvorsorge ein abstruses Problem: Die Welt entwickelt sich weiter, die Lebenserwartung steigt, die Arbeitsmodelle verändern sich. Die Vorsorge aber bleibt in ihrem gesetzlichen Korsett verhaftet. Das ist, als würde man die Schwerkraft per Gesetz verbieten wollen, es funktioniert einfach nicht! Ich würde mir daher wünschen, dass man Mittel und Wege findet, um aus dem ewigen Reformstau zu entfliehen.

Interview: Marco Wölfli

AHV jetzt für die nächsten Jahre sichern

Ja zur AHV 21

Am 25. September stimmen wir über die Revision der AHV ab. Wir müssen jetzt handeln, wenn wir unser wichtigstes Sozialwerk nicht an die Wand fahren wollen.

In den nächsten Jahren schreibt die AHV rote Zahlen. Die Gründe sind offensichtlich: Wir leben beinahe zehn Jahre länger als bei Einführung der AHV und beziehen entsprechend länger eine Rente. Das braucht – ganz banal – mehr finanzielle Mittel, wenn man die Renten nicht kürzen will. Das Verhältnis von denjenigen, die in die AHV einzahlen – den Erwerbstätigen –, zu denjenigen, die eine Rente beziehen, verschlechtert sich zudem laufend. 1948 kamen auf einen Rentner noch sechseinhalb Erwerbstätige, heute sind es noch gut drei. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben wird deshalb bereits 2025 ins Negative kippen. Und ab 2032 klafft im AHV-Topf eine Lücke von 18,5 Mrd Franken. Kurz gesagt: Wenn wir nichts tun, dann fehlt dieser Betrag, um laufende Renten auszubezahlen.

AHV 21 bringt Ausgleich bis 2030

Mit der AHV 21, der vom Parlament mit einer Mehrheit von SVP bis glp beschlossenen Reform, soll die AHV zumindest bis 2030 im Gleichgewicht gehalten werden. Sie sieht Massnahmen sowohl auf der Finanzierungs- als auch auf der Leistungsseite vor: Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte und die etappenweise Angleichung des Rentenalters der Frauen an jenes der Männer. Zudem wird die vollständige Flexibilisierung beim Bezug der AHV eingefügt.

Diese Lösung ist fair und ausgewogen. Durch die Finanzierung über die Mehrwertsteuer tragen alle Altersgruppen zur Stärkung der AHV bei, auch die Rentnerinnen und Rentner. Man verzichtet somit darauf, die Lohnabzüge zusätzlich zu erhöhen, was angesichts der steigenden Teuerung, aber auch um eine Schwächung unseres Wirtschaftsstandorts zu verhindern, richtig ist.

Gleiches Rentenalter für Mann und Frau

Auch die Angleichung des Rentenalters der Frauen an jenes der Männer ist nötig und schon länger angezeigt. Dies sowohl aus sachlichen Gründen als auch aus Gründen der Gleichstellung. Frauen leben im Durchschnitt vier Jahre länger als Männer und beziehen entsprechend länger eine Rente. Es gibt bei der AHV auch keinen sogenannten «gender pension gap», eine Rentenlücke, die durch das Geschlecht erklärbar wäre. AHV-Renten von Männern und Frauen sind dank der bei der zehnten AHV-Revision eingeführten Massnahmen nicht unterschiedlich hoch. Und schliesslich geht es nicht an, gleiche Rechte für Mann und Frau zu fordern, bei den Pflichten aber nach wie vor auf Privilegien zu pochen.

Fairer Ausgleich

Das Parlament hat aber erkannt, dass die Rentenaltererhöhung für Frauen, die kurz vor der Pensionierung stehen, ein einschneidender Eingriff in ihre persönliche Lebensgestaltung ist. Es hat deshalb Ausgleichsmassahmen für eine Dauer von neun Jahren beschlossen: Frauen mit sehr tiefen Löhnen werden sogar zu gleichen oder sehr privilegierten Konditionen ihre Rente vorbeziehen und nach wie vor mit 64 in Pension gehen können. Arbeiten sie bis zum Alter 65, erhalten sie einen Zuschlag und damit eine höhere Rente. Die Lösung ist also sozial austariert.

Die letzte AHV-Revision fand 1997 statt, seither sind alle Reformvorhaben gescheitert. Es ist dringend nötig, dass wir heute Verantwortung übernehmen und die Lösung des Problems nicht auf die nächste Generation abschieben. Die AHV 21 ist ausgewogen und zielführend. Ich stimme deshalb mit Überzeugung Ja. Übrigens zweimal Ja: zur Erhöhung der Mehrwertsteuer und zu den nötigen Gesetzesanpassungen.

Regine Sauter
Nationalrätin ZH

Quelle: Bundesamt für Sozialversicherungen

Die Schweizer Armee muss sich wieder stärker auf den Kernauftrag ausrichten. Foto: VBS/Philipp Schmidli

Für eine langfristig sichere Schweiz

Sicherheitspolitische Forderungen der FDP

Russlands Aggressionspolitik bedroht Europa und das Fundament unserer demokratischen, rechtsstaatlichen und völkerrechtlichen Werte. Für die FDP ist klar: Die Schweizer Sicherheitspolitik muss der Realität angepasst werden und wieder den Schutz der Bevölkerung in den Vordergrund stellen. So muss sich die Verteidigungspolitik auf den militärischen Kernauftrag fokussieren. Das Fähigkeitsbündel und der Eigenleistungsanteil müssen deutlich erhöht, die Resilienz der Versorgung sichergestellt sowie die Verteidigungskooperation verstärkt werden. Der Spielraum der Neutralität soll hierbei genutzt werden.

Verteidigungspolitik

Um optimal auf neue Bedrohungen vorbereitet zu sein, muss das Denken in Szenarien in der Planung Einzug finden. Damit einhergehend braucht es die Evaluation der Leistungsfähigkeit unserer nachrichtendienstlichen Kapazitäten. Denn frühzeitige Informationen von Seiten des Nachrichtendienstes sind unabdingbar, um dynamische Situationen richtig einzuschätzen. Um in Krisenlagen handlungsfähig zu sein, ist das Armeebudget auf 7 Milliarden Franken und der personelle Sollbestand auf 120 000 Angehörige der Armee zu erhöhen. Ebenfalls ist die Igelmentalität, in welcher sich die Schweiz autonom schützt, veraltet und realitätsfremd. Die Schweiz muss enger mit der Nato kooperieren.

Internationales Engagement

Das Schweizer Neutralitätsverständnis basiert auf den Pfeilern Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik. Das Neutralitätsrecht besagt, dass die Schweiz nicht an einem Krieg teilnimmt, ihr Staatsgebiet zu schützen hat und Kriegsparteien gleich zu behandeln sind. Die Umsetzung der oben stehenden Pflichten, die Neutralitätspolitik, lässt mehr Interpretationsspielraum zu: So müssen wir den Spielraum nutzen, um im Verbund der demokratischen Länder agieren zu können. Dies durch ein flexibles und modernes Verständnis der Neutralität, dessen rechtlicher Kern aber erhalten bleibt. Bei eklatanten Verletzungen des Völkerrechts, der Souveränität und der territorialen Integrität eines Landes muss die Schweiz klar Position beziehen und Sanktionen der UNO, der OSZE sowie ihrer wichtigsten Handelspartner solidarisch mittragen. Die Schweiz hat viel Erfahrung und Glaubwürdigkeit in der Mediation, den Guten Diensten und allgemein in der Friedensförderung. Das internationale Genf spielt hierbei eine wichtige Rolle. Dieses Engagement ist weiterzuführen und zu intensivieren.

Bevölkerungs- und Zivilschutz

Dem Zivil- und dem Bevölkerungsschutz kommt eine besondere Rolle beim Schutz der Schweizer Bevölkerung vor Gefahren bzw. deren Bewältigung zu. Um diese Rolle pflichtgemäss ausführen zu können, müssen die personellen und finanziellen Ressourcen sichergestellt und gezielter auf den Kernauftrag ausgerichtet werden. Den beiden Organisationen müssen die technischen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um im Krisenfall die Bevölkerung bedarfsgerecht informieren zu können.

Technologie und Cybersicherheit

Der Schutz vor Cyberrisiken ist von strategischer Bedeutung und gezielt zu verstärken. Die FDP fordert eine fokussierte neue Cyberstrategie sowie eine zweckmässige Organisation der Mittel in einem Bundesamt. Der Bund ist in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass seine eigenen zivilen Systeme vor Cyberangriffen geschützt sind. Die Cyberbedrohung hat einem vierten Möglichkeitsraum (Wasser, Land, Luft und Cyberraum) geschaffen, den es im Konfliktfall zu verteidigen gilt.

Versorgungssicherheit

Aufgrund der aktuellen Krisen und zugunsten einer besseren Vorbereitung muss überprüft werden, ob alle für die Bevölkerung und die Wirtschaft relevanten Ressourcen gelagert werden und ob die vorgegebenen Kapazitäten ausreichen. Denn in Krisenzeiten kann die Versorgungskette von kritischen Gütern und Dienstleistungen schnell unterbrochen werden. Der Staat muss ideale Handelsbeziehungen aufbauen, um bei der Versorgung mit kritischen Gütern nicht nur von einem Handelspartner angewiesen zu sein.

QR-Code scannen und das ganze Forderungspapier lesen.

«Hart, aber fair»

Forderungen der FDP in der Migrationspolitik

Die Migrationspolitik rückte zuletzt in den Fokus. Mit einem aktualisierten Forderungspapier unter dem bewährten Leitmotiv «Hart, aber fair» steht die FDP für einen konsequenteren Vollzug des Asylgesetzes sowie eine unbürokratische Personenfreizügigkeit mit der EU ein.

Die aktuelle Migrationspolitik wird nebst den bereits bestehenden Herausforderungen zusätzlich durch unvorhersehbare Krisen wie den Krieg in der Ukraine geprägt. Die FDP steht vor diesem Hintergrund weiterhin konsequent für eine harte, aber faire Migrationspolitik ein, die der langjährigen humanitären Tradition der Schweiz gerecht wird. Die Schweiz soll im Asylbereich nur denjenigen Schutz gewähren, denen im Sinne der Asylgesetzgebung und der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 auch Schutz zusteht. Für den Arbeitsmarkt und die Unternehmen in der Schweiz ist der Erhalt der Personenfreizügigkeit mit den EU- und den EFTA-Staaten und daraus folgend eine stabile Beziehung mit der EU essenziell. Wichtiger Bestandteil davon ist die unkomplizierte Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit innerhalb Europas. Aufgrund des anhaltenden Fachkräftemangels ist es zudem wichtiger denn je, dass die Schweiz mittels der optimalen Ausschöpfung der Drittstaatenkontingente auch in Zukunft auf hochqualifizierte Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten zählen kann.

Asylbereich

Vollzug verbessern und den Rückkehrbereich fördern

Asylsuchende, die nur infolge wirtschaftlicher Gründe auf der Flucht sind, sollen keinen Schutz in der Schweiz erhalten. Als Begleitmassnahme soll die Anzahl der «Safe Countries» und die Anpassung der Kriterien für die Definition eines Safe Country regelmässig überprüft werden. Resettlement-Programme sollen nur bei möglichen Kapazitäten in der Schweiz bewilligt werden. Bezüglich des Schutzstatus S sind die Lehren aus dem Krieg in der Ukraine zu ziehen. Den Schutzbedürftigen soll nach wie vor rasch Schutz geboten werden. Jegliche Fehlanreize gilt es zu beseitigen, und der Schutzstatus soll seinem Wesen gemäss Rückkehrorientiertheit ausgestaltet werden. Zudem fordert die FDP eine engere Zusammenarbeit mit der EU im Bereich der Rücknahmeabkommen. Die Förderung der freiwilligen Rückkehr muss vorangetrieben werden. Das fordert auch, die Zusammenarbeit mit Frontex zu verstärken (z.B. Nutzung der organisierten Rückflüge) und Sanktionen für nicht kooperative Herkunftsländer konsequent zu vollziehen.

Drittstaaten

Familiennachzug begrenzen und Integrationsanforderungen stärken

Das bestehende Kontingentsystem muss reformiert bzw. modernisiert werden, damit auf die Bedürfnisse der Schweizer Wirtschaft und spezifisch der Jungunternehmen besser eingegangen wird. Dafür fordert die FDP mittels Zulassungserleichterungen für Drittstaatangehörige mit Schweizer Hochschulabschluss bedarfsorientierte und Start-up-freundliche Lösungen in der Praxis. Zudem muss die Einwanderung in die Sozialsysteme verhindert werden. Ziel ist die reibungslose Integration für Drittstaatangehörige, welche den Erwerb einer Landessprache und die Einbindung in den hiesigen Arbeitsmarkt bedingt. Auch der kostspielige Familiennachzug darf weiterhin nur unter strengen Bedingungen gewährt werden und insbesondere nur bei Abschluss von strikten Integrationsvereinbarungen.

EU/EFTA

Bilaterale sichern und Missbräuche bekämpfen

Die Schweiz braucht eine unbürokratische Personenfreizügigkeit mit der EU. Umso wichtiger sind der Erhalt und die Weiterentwicklung der institutionellen Beziehungen, die den Grundstein für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft legen. Genauso wichtig ist das Dublin-Abkommen. Asylsuchende, die bereits in einem anderen Dublin-Staat ein Asylgesuch gestellt haben, müssen konsequent zurückgeführt werden, damit unser Asylsystem nicht überfordert wird. Die Schweiz trägt ihrerseits zur Sicherung der EU-Aussengrenzen und zur Entwicklung eines fairen Verteilschlüssels in den Dublin-Staaten bei.

QR-Code scannen und das ganze Forderungspapier lesen.

Matthias Jauslin, Nationalrat Aargau, hat eine Motion eingereicht.

Wärmespeicher im Untergrund

Winterstrombedarf bis zu 30 Prozent reduzieren

Im Untergrund könnte viel Wärme gespeichert und im Winter genutzt werden. In der Schweiz ist das derzeit aber stark eingeschränkt, weil die Grundwassertemperatur nur um maximal 3 Grad verändert werden darf. Nationalrat Matthias Jauslin hat eine Motion eingereicht, um diese starre Regelung zu lockern.

Die Schweiz soll bis 2050 klimaneutral werden. Um den CO_2-Ausstoss zu senken, sind alle möglichen Massnahmen auszuschöpfen. Dazu gehört auch die Nutzung der ganzjährig anfallenden Wärme und Abwärme etwa aus Kehrichtverbrennungsanlagen, industriellen Prozessen, Rechenzentren oder Geothermieanlagen. Diese Wärme verpufft im Sommer ungenutzt, da eine Zwischenspeicherung für die Wintermonate aufgrund der aktuellen Gewässerschutzordnung sowohl im Grundwasser wie auch im Untergrund stark eingeschränkt ist. Dabei würde eine saisonale Wärmespeicherung wesentlich zur Verminderung des CO_2-Ausstosses beitragen und den zusätzlichen Winterstrombedarf um bis zu 3 Terawattstunden (TWh) oder bis zu 30 Prozent reduzieren.

Trink- und Grundwasser differenzieren

Im Untergrund können grosse Wärmemengen eingespeichert und ein Grossteil der eingespeicherten Energie rückgewonnen werden. Bei der grossen Volumina zusammen mit der hohen Wärmekapazität von Wasser sind die Einspeichermengen nahezu beliebig gross. Dabei ist zu beachten, dass auch die Speicherung von Kälte je nach Anwendung von Bedeutung ist und gleichzeitig zur aktiven Regeneration des Untergrundes beiträgt. Die Möglichkeit dieser Speicherformen sind in der Schweiz nicht mal ansatzweise ausgeschöpft.

Die gültige Gewässerschutzverordnung legt fest, dass sich die Grundwassertemperatur aufgrund von Wärmeeintrag respektive Wärmeentzug nicht mehr als 3 Grad verändern darf. Sie wurde in den 1970er-Jahren eingeführt. Die Verordnung differenziert aber nicht zwischen Trinkwasser und Grundwasser.

Daher habe ich im Juni dieses Jahres eine Motion eingereicht, die fordert, dass das geothermische Potenzial des Untergrunds einschliesslich saisonaler Wärmespeicherung optimal genutzt werden kann und höhere Temperaturdifferenzen zulässt.

Andere Länder sind flexibler

Mit der beantragten Änderung wird das Trinkwasser wie bisher weiterhin geschützt. Hingegen soll Grundwasser, das nicht als Trinkwasser in Frage kommt, thermisch genutzt werden können. Dies gilt insbesondere für Grundwasser in mittleren und grossen Tiefen. Dieses Grundwasser kann aufgrund seiner chemischen Zusammensetzung nicht als Trinkwasser genutzt werden.

Im internationalen Vergleich ist der Temperaturgrenzwert in der Schweiz äusserst tief. So kennen zum Beispiel Österreich, Frankreich, Deutschland und Grossbritannien eine Limite von 6 Grad bis 11 Grad Celsius. Einige europäische Länder erlauben vorübergehende Temperaturschwankungen bis zu 23 Grad Celsius.

Matthias Jauslin
Nationalrat AG

Einladung zum Fachreferat

«Wie weiter mit der Ukraine, Putin und Xi?»

Peter Regli

Dipl. Masch.-Ing. ETH, Divisionär a. D., ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes, Delegierter der FDP Schweiz, spricht zum Thema.

-> **Donnerstag, 13. Oktober 2022, in Bern**
Kaserne der Berner Truppen, Auditorium, Papiermühlestr. 13 und 15, 3000 Bern 22 (im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27), oder per ÖV mit Tram Nr. 9 (wieder in Betrieb) ab Bahnhof Bern bis Breitenrain, dann 300 m zu Fuss via Herzogstrasse -> Papiermühlestrasse bis zur Kaserne.

-> **Beginn: 18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Referat,** keine Anmeldung notwendig.

Nationalrat Philippe Nantermod befasst sich als Mitglied der Gesundheitskommission intensiv mit der Gesundheitspolitik. Foto: Désirée Dittes

«Es gibt keine Zauberformel»

Nationalrat Philippe Nantermod zu den Gesundheitskosten

Der Schweiz drohen nächstes Jahr schmerzhafte Erhöhungen der Krankenkassenprämien. Parteivizepräsident und Nationalrat Philippe Nantermod zeigt auf, was die FDP in diesem Bereich unternimmt, weshalb es mehr Wettbewerb braucht und welche Verantwortung Gesundheitsminister Alain Berset trägt.

Müssen wir nächstes Jahr mit einem deutlichen Prämienanstieg rechnen? Leider ja. Im Jahresvergleich sind die Gesundheitskosten im ersten Quartal 2022 um fast sieben Prozent gestiegen. Diese Entwicklung wird sich unweigerlich in den Prämien niederschlagen.

Was unternimmt das Parlament in Bezug auf die Gesundheitskosten? Das Parlament versucht zu handeln, doch es ist nicht einfach, die richtigen Hebel zu betätigen, und Gesetzesänderungen benötigen Zeit. Immerhin haben wir erreicht, dass die Medikamentenpreise durch erleichterte Parallelimporte sinken. Ebenso die Kosten für medizinische Eingriffe durch die Einführung von Fallpauschalen im ambulanten Bereich sowie weitere Massnahmen für Kostendämpfungen, zum Beispiel bei Laboranalysen.

Mitte und SP propagieren ihre Volksinitiativen als taugliche Lösungen. Was hältst du davon? Die Mitte fordert, dass die Kosten gedeckelt werden sollen, ohne zu sagen, wie dies zu erreichen ist. Eine starre Umsetzung müsste die Pflege rationieren, was zu Qualitätseinbussen führen würde. Ergreift man zu wenig Massnahmen, wird das Ziel nicht erreicht. Die Initiative der SP dagegen hat keinen Einfluss auf die Kosten, das geben sie selbst zu. Es geht einzig um die Verteilung der Kosten auf die Versicherten.

Was unternimmt die FDP? Unsere Vorschläge sind weniger spektakulär als Volksinitiativen, aber sie wirken sich konkret auf die Kosten aus. Die oben aufgeführten Massnamen bezüglich Medikamente, Pauschalen im ambulanten Bereich und Laboranalysen wurden von der FDP initiiert. Es gibt nicht die eine Zauberformel zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen, sondern einen Strauss von Massnahmen, die den Anstieg bremsen.

Sind liberale Lösungen im Gesundheitsbereich überhaupt möglich? Das ist eine gesellschaftliche Entscheidung, aber ich bin davon überzeugt. Es fehlt an Wettbewerb im Gesundheitswesen. Es braucht Wettbewerb, der auf Qualität und Preisen beruht. Ein Wettbewerb, der ausserdem den Versicherten mehr Wahlmöglichkeiten hinsichtlich des Umfangs ihrer Versicherung zusteht.

> «Die Gesundheitskosten sind im ersten Quartal 2022 um fast sieben Prozent gestiegen.»

Alle Akteure im Gesundheitswesen verfolgen ihre eigenen Interessen. Wo muss man zuerst handeln? Es ist normal, dass die verschiedenen Akteure ihre Interessen verfolgen. Man darf einfach nicht vergessen, dass die Aufgabe der Krankenversicherung ist, Leistungen zum bestmöglichen Preis zu erbringen und nicht Einnahmen der Leistungserbringer zu garantieren. Die Politik muss dafür sorgen, dass die Akteure im Gesundheitswesen in Konkurrenz miteinander stehen.

Welche Verantwortung trägt Gesundheitsminister Alain Berset? Er hätte die Möglichkeit, innovative Rezepte vorzuschlagen. Leider sind die Vorschläge aus der Verwaltung oft sehr etatistisch geprägt. Das war zum Beispiel bei den Referenzpreisen für Medikamente der Fall, obwohl es Methoden gäbe, die sich auf dem freien Markt bereits bewährt haben. Ich bedaure, dass das EDI so zögerlich vorgeht und keine mutigen Massnahmen vorantreibt.

Wie kann die FDP ihre Forderungen im Parlament umsetzen? Leider haben wir nicht viel mehr Handlungsmöglichkeiten als Änderungen an den Gesetzesvorschlägen des Bundesrates vorzuschlagen. Aber das ist immerhin etwas.

Wie sieht das Schweizer Gesundheitssystem in zehn Jahren aus? Entweder wird es liberaler und stärker auf Eigenverantwortung und Freiheit ausgerichtet sein oder staatlich und dirigistisch geprägt. Im ersten Fall wird es vielleicht teurer, aber die Kosten werden von jenen getragen, die dies wollen, und die Qualität bleibt erhalten. Im zweiten Fall kann man vielleicht Einsparungen erzielen, dies aber zum Nachteil der Versicherten und der Kranken.

Interview: Marco Wölfli

Tag der FDP

Gemeinsam feiern wir am 22. Oktober in Burgdorf

Melden Sie sich jetzt an!

fdp.ch/agenda/tag-der-fdp

FDP
Die Liberalen

Bundesrätin Karin Keller-Sutter lässt den Schutzstatus S evaluieren. Foto: Jon Trachsel

«Entwicklung in der Ukraine ist massgebend»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview

Sechs Monate nach Beginn des Krieges in der Ukraine spricht Bundesrätin Karin Keller-Sutter über die Aufnahme der ukrainischen Flüchtlinge und die Solidarität der Schweizer Bevölkerung.

Vor sechs Monaten kamen die ersten ukrainischen Flüchtlinge in die Schweiz. Wie ist die Lage heute? Über den Sommer nahm die Zahl der neu ankommenden Geflüchteten auf etwa 100 pro Tag ab. Zu Beginn waren es in der Spitze bis zu 1800 Personen pro Tag. Die Situation hat sich inzwischen beruhigt. Der Zustrom von Geflüchteten hängt jedoch vom Kriegsverlauf und den Lebensbedingungen in der Ukraine ab und kann sich deshalb zum Beispiel im Herbst wieder ändern.

Mit welcher Entwicklung rechnen Sie im Herbst? Ich möchte nicht spekulieren. Wichtig ist, dass sich die Behörden auf verschiedene Szenarien vorbereiten. Wie bereits erwähnt, spielt der Kriegsverlauf hier die zentrale Rolle. Weitere Faktoren sehe ich bei der Energieversorgung in der Ukraine oder der Weiterwanderung von Schutzsuchenden aus den Nachbarstaaten der Ukraine. Auch die Zahl der regulären Asylgesuche dürfte tendenziell zunehmen. Der Migrationsdruck ist insgesamt deutlich angestiegen. Auf der anderen Seite bereiten wir uns schon jetzt auf eine allfällige Rückkehr der Geflüchteten aus der Ukraine vor. Schon vor den Sommerferien habe ich dem SEM den entsprechenden Auftrag dazu erteilt.

Zu Beginn ging es darum, dass alle Flüchtlinge ein Dach über den Kopf und den Schutzstatus S gekriegt haben. Welche Herausforderungen stellen sich heute? Die Unterbringung ist ein Dauerthema. Die Zuständigkeit liegt hier bei den Kantonen. Mittelfristig müssen sich das SEM und die Kantone darauf vorbereiten, dass die Anzahl täglich neuankommender Personen aus der Ukraine wieder ansteigen könnte. Weitere Herausforderungen sind die Integration in den Arbeitsmarkt sowie auch die Frage der Rückkehr.

Was kann unternommen werden, um die Erwerbsquote der Ukrainerinnen und Ukrainer zu erhöhen? Schon heute arbeitet knapp jede 10. Ukrainerin beziehungsweise jeder 10. geflüchtete Ukrainer. Dieser Wert ist höher als bei anderen Flüchtlingen. Es gilt zu bedenken, dass 75 Prozent der Geflüchteten im erwerbsfähigen Alter Frauen sind, die auch Betreuungsaufgaben erfüllen müssen. Es ist mir wichtig, dass wir hier im engen Kontakt mit der Wirtschaft arbeiten. Die Sozialpartner treffe ich deshalb regelmässig.

Wie sieht die langfristige Strategie im Umgang mit den Ukraine-Flüchtlingen aus? Der Status S ist rückkehrorientiert und auf ein Jahr befristet, also bis März 2023. Der Bundesrat wird entscheiden, ob er den Status S verlängert oder aufhebt. Bereits Ende Juni habe ich den Auftrag erteilt, alle rechtlichen, organisatorischen und logistischen Fragen zu klären, unter welchen Umständen und wie die Menschen dereinst zurückkehren können. Wie bei der Aktivierung des Status S braucht es auch bei dessen Aufhebung eine enge Koordination auf europäischer Ebene.

Besteht die Gefahr, dass die grosse Hilfsbereitschaft der Schweizer Bevölkerung abnimmt? Bis jetzt stelle ich weiterhin eine grosse Solidarität und Hilfsbereitschaft fest. Wichtig ist, dass es keine Missbräuche gibt, gerade in der Sozialhilfe. Wir arbeiten daran, an der EU-weiten Registrierungsplattform teilnehmen zu können. Die Plattform erlaubt einen Abgleich der Daten zwischen den Schengen-Staaten, um zu sehen, ob jemand schon in einem anderen Staat einen Schutzstatus hat. Gleichzeitig ist es wichtig, dass die Kantone mit geeigneten Massnahmen dafür sorgen, dass niemand Sozialhilfe bezieht, der dazu nicht berechtigt ist.

Ist der Schutzstatus S auch für künftige Flüchtlingsbewegungen gemacht oder muss er reformiert werden? Der Status S ist die Ausnahme und nicht die Regel. Er wurde für die kollektive Aufnahme von Kriegsflüchtlingen geschaffen, die schnell und unbürokratisch den vorübergehenden Schutz der Schweiz brauchen. Für Personen, die eine individuelle Verfolgung geltend machen, bleibt das ordentliche Asylverfahren die Regel. Da wir den Status S zum ersten Mal anwenden, habe ich bereits im Mai eine Evaluationsgruppe eingesetzt, die im Juli ihre Arbeit aufgenommen hat. Sie prüft, inwiefern sich der rechtliche Rahmen des Status S bewährt hat. Die Evaluationsgruppe wird bis Ende Juni 2023 eine Analyse des rechtlichen Handlungsbedarfs und Spielraums vornehmen. Ich erwarte einen Zwischenbericht bis Weihnachten.

Interview: **Marco Wölfli**

Wichtige Grundlagen für nachhaltige Zukunft

Ausblick auf die Herbstssession

Wenn ab dem 12. September die eidgenössischen Räte zur Herbstsession zusammenkommen, erwartet sie gemäss provisorischem Programm viel Arbeit. Neben der Sicherung der Altersvorsorge sind wichtige Entscheide in der Wirtschafts- und Umweltpolitik zu erwarten.

Die Herbstsession 2022 steht ganz im Zeichen der Nachhaltigkeit. Aber nicht allein fokussiert auf ökologische Aspekte, sondern im Sinn des freisinnigen Verständnisses im Zusammenspiel mit Wirtschaft und Gesellschaft. So sollen in der Herbstsession im Bereich der Klima- und Energiepolitik langfristig zentral Entscheide gefällt werden. Mit dem indirekten Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative soll auf Gesetzesebene das Netto-Null-Ziel bis 2050 verankert werden, damit rasch die passenden Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und Gesellschaft definiert werden können, was ganz im Interesse der FDP ist.

Altersvorsorge im Fokus

Ähnliches gilt für den seit geraumer Zeit beratenen Mantelerlass zugunsten einer sicheren Stromversorgung, der die richtigen Anreize zugunsten u. a. einer Winterstromreserve inklusive zusätzlicher Kapazitäten setzen soll. Im Bereich der Vorsorge erwartet die FDP ebenfalls wichtige Beschlüsse. So soll im BVG endlich auch der Ständerat seine Position zu dieser absolut zentralen Reform fassen. Speziell im Kontext der Volksabstimmung vom 25. September zur AHV 21 bekommt diese Beschlussfassung eine besondere Bedeutung. Hoffentlich ohne grössere Probleme sollte die Volksinitiative der Gewerkschaften für eine 13. AHV- Rente im Nationalrat abgelehnt werden. Sie steht völlig quer in der Landschaft und führt, anstatt zu mehr finanzieller Stabilität in der AHV zu einem zusätzlichen Finanzierungsbedarf von rund vier Milliarden Franken pro Jahr.

Zu guter Letzt sollen im Bereich der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entscheidende Reformen zur Umsetzung der globalen OECD-Besteuerung sowie zur Wohneigentumsbesteuerung aufgegleist werden. Beide Vorlagen bewirken jeweils Systemwechsel, die nachhaltig Einfluss auf die Standortattraktivität der Schweiz haben werden.

Michael Mandl, Fraktionssekretär

Damian Meier will Kaspar Michel im Schwyzer Regierungsrat beerben.

«Ich bin hochmotiviert»

Damian Meier will in den Regierungsrat

Damian Meier mit seiner Familie.

Als Regierungsratskandidat bei einer Standaktion auf dem Hauptplatz in Schwyz.

Die FDP Schwyz will mit Polizeikommandant Damian Meier den Regierungsratssitz des zurückgetretenen Kaspar Michel verteidigen. Neben einer guten Vereinbarkeit von Beruf und Familie will sich Meier insbesondere für mehr Arbeitsplätze im Kanton einsetzen.

Am 25. September sind im Kanton Schwyz ausserordentliche Wahlen angesagt: Weil mit Kaspar Michel (FDP) und Andreas Barraud (SVP) per Ende 2022 gleich zwei Mitglieder aus der Schwyzer Regierung austreten, wird die Bevölkerung an die Urne gebeten. Die FDP Kanton Schwyz schickt mit Damian Meier einen Topkandidaten ins Rennen. Ein Spaziergang wird die Wahl für ihn deshalb aber nicht. Schon früh hat sich nämlich eine Kampfwahl abgezeichnet. Die Linke will ihren einst verlorenen Sitz zurückerobern. Ausserdem macht neu auch die GLP einen Sitzanspruch geltend. Und schliesslich haben nebst einem SVP-Kandidaten auch noch zwei Parteilose auf dem Kandidatenkarussell Platz genommen.

Polizeikommandant und Familienmensch

Wer aber ist dieser Damian Meier, den die Schwyzer Freisinnigen ins Rennen schicken? Ursprünglich aus dem Kanton Luzern stammend, zog Meier mit seiner Frau und denzwei Töchtern vor acht Jahren in den Hauptort Schwyz. Hier kamen zwei weitere Mädchen zur Welt. «Wir fühlen uns sehr wohl im Kanton Schwyz und haben Land und Leute so richtig in unsere Herzen geschlossen», sagt Meier. In seiner Funktion als Kommandant der Kantonspolizei Schwyz sorgt er mit seinem 330-köpfigen Korps seit acht Jahren für die Sicherheit der Bevölkerung. Seinen Beruf übt Meier mit Herzblut aus – trotzdem verspürt er den Wunsch, den Kanton Schwyz noch stärker gestalten zu können. Das Amt in der kantonalen Exekutive böte die perfekte Gelegenheit dazu. Dass der 48-Jährige die ideale Besetzung für das Regierungsgremium ist, daran lässt der Parteivorstand keinen Zweifel offen. «Damian Meier erfüllt alle Voraussetzungen für dieses anspruchsvolle Amt», sagt Parteipräsident Urs Rhyner. «Er verfügt über eine lange politische Erfahrung und ist durch und durch liberal. Freiheit ist ihm ein zentrales Anliegen.»

Mehr Arbeitsplätze für Schwyz

Privat steht bei Damian Meier die Familie an erster Stelle. Das Thema Familie prägt denn auch seine politische Agenda. «Als Ehemann und vierfacher Vater weiss ich um die Herausforderungen, mit denen sich Familien im Kanton Schwyz konfrontiert sehen», sagt er. Er spricht sich deshalb für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, für eine gute Volksschule und für sichere Schulwege aus. «Wir müssen zudem Sorge zur Umwelt tragen, damit die nächsten Generationen unsere wunderbare Landschaft ebenso geniessen können wie wir», so Meier weiter. Ihm lägen aber auch die Arbeitsplätze im Kanton am Herzen. Der negativen Pendlerbilanz sei konsequent der Kampf anzusagen. «Wir müssen Gewerbe und Unternehmungen weiter entlasten, sie weniger regulieren und die unternehmerische Freiheit in den Vordergrund stellen.» Weniger bürokratische Hürden begünstigten die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen im Kanton Schwyz.

Zu guter Letzt will sich Meier auch für einen verantwortungsvollen Umgang mit den Steuergeldern einsetzen. «Der Staat soll nicht Geld auf der hohen Kante haben, sondern seine aktuellen Überschüsse sinnvoll und zugunsten einer Steigerung der Lebensqualität einsetzen oder aber sie den Steuerzahlern via weitere Steuersenkungen zurückgeben», ist er überzeugt.

FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz

Blick über die Altstadt und den See – Sinnbild für die Zuger Lebensqualität. Foto: Zug Tourismus

(Noch) mehr Lebensqualität für Zug

FDP ist bereit für den grossen Wahltag

Am 2. Oktober finden in Zug kantonale und kommunale Wahlen statt. Die FDP tritt mit motivierten Kandidierenden an und Kantonalparteipräsident Cédric Schmid zeigt sich zuversichtlich, was den Wahlausgang angeht.

Rankings, die die Lebensqualität von Städten und Regionen messen, gibt es viele. Was sie gemein haben, ist, dass Stadt und Kanton Zug fast immer einen Spitzenplatz belegen. Der kleine Innerschweizer Kanton punktet nicht nur mit seiner Wirtschaftskraft, sondern auch mit idyllischer Landschaft und hervorragender Infrastruktur. Die FDP Zug will, dass diese hohe Lebensqualität den Kanton auch in Zukunft auszeichnet, und stellt Lebensqualität ins Zentrum des Wahlkampfs. «Die FDP ist verantwortlich, dass die Lebensqualität in Zug so hoch ist, und wir versprechen, sie auch weiterhin hochzuhalten», sagt Cédric Schmid, Präsident der FDP Kanton Zug. Die vielen KMU, die guten Bildungsinstitutionen und die bürgerfreundliche Verwaltung seien ausschlaggebend für die Lebensqualität in Zug.

Persönlicher Wahlkampf der Kandidierenden

Am 2. Oktober erwartet die Zugerinnen und Zuger ein grosser Wahltag. Neben Kantonsrat und Regierung werden auch in den Gemeinden neue Stadt- und Gemeinderäte gewählt. Cédric Schmid freut sich, dass die FDP im Kanton Zug mit vollen Listen antreten kann: «Wir wollen Kandidierende, die sich stark engagieren, das ist uns gelungen.» Für den Präsidenten der Kantonalpartei ist es wichtig, dass die Kandidierenden einen persönlichen Wahlkampf führen. «Die Kandidatinnen und Kandidaten sollen ihre Stärken und persönlichen Qualitäten in den Vordergrund stellen. Wir wollen keine Schauspieler», betont Schmid. Die FDP Zug verbindet ihre Kernaussage «Lebensqualität» mit Freiheit, Gemeinsinn, Fortschritt und Eigenverantwortung. Darunter fallen Forderungen wie zeitgemässe Arbeitsstrukturen, eine wirksame Klima- und Energiepolitik oder eine Stärkung des Werkplatzes Zug. Auch Digitalisierungsthemen spielen in Zug eine grosse Rolle und die FDP sieht sich als Vorreiterin. Schmid sieht insbesondere grosses Potenzial bei Blockchain-Technologien: «Die FDP setzt sich für Zug als Blockchain-Standort ein, da es bereits heute viele Akteure in diesem Bereich gibt und sich künftig noch mehr Möglichkeiten bieten.»

Bekommt Zug die erste Stadtpräsidentin?

Bei den Regierungsratswahlen treten die bisherigen freisinnigen Regierungsräte Andreas Hostettler und Florian Weber wieder an. Das sei ein Glücksfall für Zug und die FDP, so Schmid. «Andreas Hostettler hat mit seiner Ukraine-Politik und der schnellen Aufnahme der ankommenden Flüchtlinge grosses Herz gezeigt. Florian Weber macht einen guten Job beim Ausbau der Infrastrukturen für Verkehr, Gebäude und Energieversorgung. Ihm haben wir zudem zu verdanken, dass es in Zug trotz vielen Pendlern wenig Stau gibt.» Bei den Kantonsratswahlen tritt die FDP mit 48 Kandidierenden an und möchte die heutige Sitzzahl von 16 auf 19 Mandate erhöhen. Schmid zeigt sich optimistisch, dass sogar mehr drin liegt. Ein Ziel sei es, je nach Zählweise zur stärksten Kraft im Kanton aufzusteigen. Ein besonderes Augenmerk liegt auch auf den Wahlen in der Stadt Zug. Dort möchte Eliane Birchmeier die erste Stadtpräsidentin in der Geschichte der Kantonshauptstadt werden. Mit dem breiten Kandidatenfeld und einem schlagkräftigen Wahlkampfteam ist die FDP Zug gut aufgestellt, die Lebensqualität in Zug weiterhin hochzuhalten.

Cédric Schmid, Präsident FDP Zug.

Marco Wölfli

Von einem Ja zur Verrechnungssteuerreform profitiert auch die öffentliche Hand. Foto: iStock/marchmeena29

«Für einen starken Standort Schweiz»

Ja zur Verrechnungssteuerreform

Mit der Reform der Verrechnungssteuer können Finanzierungsaktivitäten und Arbeitsplätze in die Schweiz zurückgeholt sowie die Steuereinnahmen erhöht werden. Grund genug für ein Ja am 25. September.

Das Volumen an inländischen Anleihen ist rückläufig und das ist ein hausgemachtes Schweizer Problem. Uns entgehen wichtige Einnahmen, Arbeitsplätze und Umsätze. In den vergangenen zwölf Jahren ist dieses Geschäft um mehr als die Hälfte geschrumpft – während es in anderen Ländern wächst.

Grund dafür ist die Verrechnungssteuer auf Obligationen. Konkurrierende Wirtschaftsstandorte kannten noch nie eine solche Steuer. Ein Beispiel hierfür ist Luxemburg. Im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt gibt Luxemburg 190-mal mehr Anleihen heraus als die Schweiz. Den Schaden trägt die Schweiz, welcher nicht nur Wertschöpfung verloren geht, sondern auch Steuereinnahmen.

Wertschöpfung in vielen Bereichen

Bundesrat und Parlament wollen diese Benachteiligung der Schweiz nicht mehr länger hinnehmen und ihre Einnahmen verbessern und die Wertschöpfung in der Schweiz haben. Ihre Lösung ist denkbar einfach: Die Schweiz schafft die Verrechnungssteuer auf Obligationen ab. Damit schafft sie sich gleich lange Spiesse im internationalen Wettbewerb. Die Reform der Verrechnungssteuer ist dabei chirurgisch gezielt austariert. Sie beschränkt sich nämlich auf neue Anleihen. Das erlaubt es, Steuerausfälle bestehender Anleihen in Grenzen zu halten. Gleichzeitig führt die Reform zu Mehreinnahmen, weil neue Volumen entstehen. Der Bund rechnet schon nach fünf Jahren mit einer Zunahme an Steuereinnahmen von 350 Millionen Franken pro Jahr. Unter dem Strich bringt die Reform also mehr Wertschöpfung und mehr Steuereinnahmen. Davon profitieren alle. Ein belebter Kapitalmarkt kommt nämlich allen zugute. Bund und Kantone können günstiges Geld aufnehmen und profitieren also gleich doppelt. Sie nehmen mehr Steuern ein und können sich Zinskosten sparen. Aber auch Spitäler, ÖV-Betriebe und Energieunternehmen können dank der Reform ihre Finanzierungskosten senken. Dies ermöglicht auch dem Service public günstigere Investitionen.

Reform bringt Mehreinnahmen

Die Linke hat jedoch unverständlicherweise das Referendum gegen die Reform ergriffen. Sie argumentiert dabei mit temporären Ausfällen und lässt die Mehreinnahmen an Steuern ausser Acht. Das ist unehrlich. Das Festhalten an der Verrechnungssteuer erhält den Nachteil für die Schweiz und wird ebenfalls zu sinkenden Einnahmen führen, denn die inländischen Anleihen werden auf diesem Weg weiter sinken und sinken und mit ihnen auch die Steuererträge.

Die Reform ist gerade jetzt von zentraler Bedeutung. Das internationale Steuerumfeld verschärft sich zusehends. Dabei werden wettbewerbsfähige Staaten wie die Schweiz immer mehr geschwächt, so auch durch die von grossen Industrie- und Schwellenländern durchgesetzte OECD-Mindestbesteuerung. Um die Attraktivität des Schweizer Wirtschaftsstandortes zu gewährleisten, müssen wir deshalb auch aus diesem Grund jetzt selbst verschuldete Steuernachteile abschaffen. Und die Verrechnungssteuer steht hier ganz oben. Die Reform erlaubt es uns, die wettbewerbliche Standortschwächung durch die OECD-Mindeststeuer teilweise zu kompensieren.

Bei der Abstimmung über die Reform der Verrechnungssteuer am 25. September können wir ein Problem lösen. Wir können uns für mehr Steuereinnahmen und mehr Wettbewerbsfähigkeit aussprechen. Darum sage ich Ja zur Reform der Verrechnungssteuer und ermutige Sie, es mir gleichzutun.

Daniela Schneeberger, Nationalrätin BL

Die Schweiz verfügt bereits heute über die strengsten Tierschutzgesetze.

Tierwohl anders fördern

Nein zur Massentierhaltungsinitiative

Am 25. September kommt mit der Massentierhaltungsinitiative ein weiteres Volksbegehren zur Abstimmung, das sehr extrem ist: Alle tierischen Lebensmittel sollen aus einer Haltung stammen, die mindestens dem Bio-Standard entspricht. Wer das will, kann heute schon entsprechend einkaufen.

Ja natürlich, auch Nutztiere sollen ein gutes Leben haben und nicht leiden müssen. Darin sind wir uns wohl alle einig. Das Schweizer Tierschutzgesetz wurde seit seiner Einführung 1981 stetig weiterentwickelt. Von anfänglich rein quantitativem Tierschutz – also z. B. Mindestfläche pro Kuh – regelt es heute auch die qualitativen Aspekte des Tierwohls. Als einziges Land der Welt begrenzen wir zudem die maximale Anzahl Tiere pro Betrieb bei Hühnern, Schweinen und Kälbern. Die beiden agrarpolitischen Instrumente im Bereich Tierwohl «Besonders tierfreundliche Stallhaltung» und «Regelmässiger Auslauf im Freien» erfreuen sich grosser Beliebtheit. Dank ihnen gibt es zahlreiche Labelprodukte wie den IP Suisse-Käfer, die mit Mehrwert im Bereich Tierwohl punkten. Dazu kommen weitergehende Labels wie Bio Suisse, Demeter oder KAG Freiland, bei denen bei jeder Tierart z. B. auch Auslauf auf einer Weide garantiert ist. Also genau das, was die Massentierhaltungsinitiative unter anderem fordert. Bei zahlreichen Lebensmitteln ist zudem die Labelproduktion auf Stufe Landwirtschaft grösser als die Nachfrage dafür.

Auch Importe betroffen

Es macht aus liberaler Sicht keinen Sinn, ein bestehendes Angebot zur Pflicht zu machen und den Konsumentinnen und Konsumenten vorzuschreiben, wie sie einzukaufen haben und was sie essen sollen. Ebenso wenig soll ein privatrechtliches Label als Produktionsvorgabe in der Verfassung verankert werden. Ein weiterer Pferdefuss dieser Initiative ist die Importklausel. So müssten auch importierte tierische Lebensmittel aus Tierhaltungen stammen, die mindestens dem Bio-Suisse-Standard entsprechen. Der Bundesrat kam in seiner Botschaft zum Schluss, dass diese Umsetzung mit unseren internationalen Handelsverpflichtungen nicht vereinbar wäre. Von den sehr aufwendigen und kaum umsetzbaren Kontrollen ganz zu schweigen.

In seinem Gegenvorschlag verzichtete die Regierung deshalb darauf, die Importe miteinzubeziehen. Es ist also anzunehmen, dass die Vorgaben am Schluss nur bei der eigenen Produktion im Inland umgesetzt würden. Wettbewerbstechnisch wäre das für die Schweizer Bauernbetriebe ein grosser Nachteil, weil ihre Produkte ungleich teurer würden. Das Konsum- und Einkaufsverhalten wie auch die Preissensibilität der Bevölkerung ändert sich bei einem Ja zur Massentierhaltungsinitiative nicht automatisch mit. Mehr importierte Lebensmittel aus viel schlechteren Tierhaltungen und mehr Einkaufstourismus wären wohl die Konsequenzen. Davon hat niemand etwas – auch die Tiere nicht.

Da ich gegen eine staatliche Steuerung der Produktion unter Ausschluss jeglicher Marktrealität bin, werde ich bei der Massentierhaltungsinitiative überzeugt ein Nein in die Urne legen. Das Tierwohl können wir alle mit unserem täglichen Einkauf selbstverantwortlich weiterfördern.

Christa Markwalder
Nationalrätin BE

Valérie wird nächstes Jahr 18 Jahre alt.

Genauso lange warten wir auf die Erhöhung der Grimsel-Staumauer.

Jetzt Petition für mehr Wasserkraft unterzeichnen!

FDP
Die Liberalen

Liberale Rezepte für die städtische Wohnbaupolitik

Resolution der FDP Urban

Wohnen in der Stadt ist begehrt. Die Preise für Wohnungen sind entsprechend hoch, Wohnraum ist knapp. Die rot-grünen Rezepte sind gescheitert. Es braucht mehr liberale Lösungen für mehr privates Bauen.

Wohnen in den Städten ist sehr begehrt. Der Boden ist aber begrenzt, und die Preise sind entsprechend hoch. Während die rot-grünen Parteien ausschliesslich auf staatliche und gemeinnützige Bauträger setzen, sind es die Privaten, die weitaus am meisten Wohnungen bauen. Privates Bauen erleichtern und beschleunigen bedeutet somit, dass mehr Menschen Wohnungen mieten und kaufen können.

Mehr Wohnungen, Grünflächen und Lebensqualität

FDP Urban hat in einer neuen Resolution die Herausforderungen der Wohnbaupolitik analysiert. Darauf aufbauend stellen wir neun Forderungen, die in drei Kernbotschaften münden:

1. Umweltbewusst Wohnraum schaffen: Gebäude erhöhen und verdichten, ohne Grün- und Freiflächen zu zerstören
2. Bauen beschleunigen und vereinfachen: kurze Fristen, eine Ansprechstelle für die Bauherren und durchgängig digitale Prozesse
3. Aus Büros Wohnungen machen – und umgekehrt

Verdichten, Höherbauen und optimierte Ausnützung sind die zentralen Hebel für mehr Wohnraum in den Städten. Die Akzeptanz dafür wächst, wenn die Städte nicht zubetoniert werden, sondern die Lebensqualität erhalten bleibt. Private Investoren schliesslich müssen willkommen sein und optimale Voraussetzungen zum Bauen vorfinden.

Parlamentarieranlass
13. September 2022, ab 18 Uhr in Bern

Die nächste Ausgabe des FDP-Urban-Parlamentarieranlasses widmet sich den Themen der Resolutionen: Wir diskutieren das Wohnen und die Mobilität in der Stadt mit Expertinnen und Experten sowie liberalen Verantwortungsträgern aus den Schweizer Städten.
Falls Sie Interesse haben, an dieser Abendveranstaltung teilzunehmen, melden Sie sich bitte bei events@fdp-stadtbern.ch.

QR-Code scannen und die ganze Resolution lesen.

Um unseren Forderungen mehr Gewicht zu geben, haben wir eine Petition lanciert.
QR-Code scannen und Petition unterschreiben.

Nächster Halt: Mobilität in der Stadt

Auch die Verkehrspolitik bewegt die Städte. Auch dort braucht es liberale Rezepte, die das ungebrochene Mobilitätsbedürfnis der Menschen in Einklang bringen mit einer pulsierenden und lebenswerten Stadt. Eine weitere Resolution von FDP Urban dazu folgt in Kürze.

Beat Habegger, Präsident FDP Urban
Kathrin Puhan, Geschäftsführerin FDP Kanton Zürich

Anzeige

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen

JA	AHV 21
NEIN	Massentierhaltungsinitiative
JA	Reform der Verrechnungssteuer

KOLUMNE

Freiheit in unsicheren Zeiten

Kürzlich war die Ministerpräsidentin von Estland, Kaja Kallas, Gast in einer Diskussionsrunde. Politikerinnen und Politiker haben engagiert über den «Gender-Wahnsinn» oder die Debatte über Sinn und Unsinn von «kultureller Aneignung» gesprochen. Bis die estnische Ministerpräsidentin das Wort ergriff. Dabei wurde rasch klar: Kallas sah sich im falschen Film.

Sie sagte sinngemäss: Den Wert der Freiheit erkennt man erst, wenn man die Freiheit nicht mehr habe. Als Nachbarland zu Russland sei Estland direkt vom Angriff auf die Ukraine betroffen. Dabei gehe oftmals vergessen, dass die Fläche, welche heute in der Ukraine von russischen Truppen besetzt sei, viermal grösser sei als diejenige der Schweiz. Weiter sei Odessa gleich weit von Tallinn entfernt wie von der Schweiz.

Das hat Eindruck hinterlassen und mich einmal mehr darin bestätigt, dass der Einsatz für die Freiheit nicht irgendwann erledigt sein wird und auch nicht einfach eine Zeiterscheinung sein kann. Der Einsatz für die Freiheit ist essenziell und alternativlos.

Ein Land und dessen Bevölkerung kann sich nur frei fühlen, wenn es sicher ist. Grundlage dafür ist eine starke, unabhängige Armee. Es erstaunt doch sehr, dass während eines Krieges in Europa noch über Sinn und Unsinn einer Stärkung der Schweizer Armee gesprochen wird. Oder dass eine grüne Nationalrätin alle demokratischen Gepflogenheiten aushebeln will, um die vom Souverän legitimierte Beschaffung neuer Kampfflugzeuge aufgrund des Typenentscheids zu verhindern. Dagegen wehren wir uns.

Unser Einsatz für Sicherheit und Freiheit ist wichtiger denn je.

Andri Silberschmidt
Parteivizepräsident und Nationalrat ZH

FDP
Die Liberalen

Gemeinsam sichern wir unsere AHV

2× JA zur AHV 21

sichereahv.ch